parlamentsreport

SONDERAUSGABE 1.MAI

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 1. Mai: Aktiv für gute Arbeit.
3 Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.
6 Opel: Skandalöser Wortbruch.
8 Entlassungen trotz Milliarden-Gewinnen stoppen!

Kommentar

Rot ist der Mai!

✎ Susanne Hennig-Wellsow

Für mich ist es nicht nur eine gute Tradition, am 1. Mai auf die Straße zu gehen – es ist einfach nötig: Für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für bessere Arbeitsbedingungen! Ein Blick in die Geschichte zeigt: Geschenkt wurde den Arbeiter*innen und Angestellten nichts.

Verbesserungen und Fortschritt mussten immer erstritten werden. Vor einigen Jahren veröffentlichte der Deutsche Gewerkschaftsbund vor dem 1. Mai einen kurzen Film, der das gut auf den Punkt brachte. „Was haben die Gewerkschaften je für uns getan?!“, fragte darin ein wütender Firmen-Chef. Und seine Mitarbeiter*innen zählten ihm auf: Mutterschutz, bezahlter Jahresurlaub, Mitbestimmung, 5-Tage-Woche, Kündigungsschutz, Tarifverträge, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall …

Während Siemens hohe Gewinne einfährt, lässt der Konzern seine Mitarbeiter*innen in mehreren Werken über ihre Jobs im Unklaren – auch hier in Erfurt. Das darf nicht sein! Wir fordern den Erhalt von Jobs und Standorten. Für uns ist klar: Wer Millionengewinne macht, darf keine Massenentlassungen vornehmen! DIE LINKE wirbt daher bei den anderen Parteien für ein Gesetz, das Massenentlassungen verbietet.

Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit

1. Mai: bessere Löhne, gute Arbeit und Mitbestimmung

Millionen Menschen in Deutschland brauchen bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze und weniger Stress im Job. Viele Menschen wünschen sich Arbeitszeiten, die mit Kindern, Familie und Freundschaften vereinbar sind. Viele schuften bis zur Erschöpfung und kommen mit ihrem Lohn doch kaum über die Runden. Zu viele Menschen blicken in eine unsichere Zukunft, weil sie nicht wissen, ob sie ihren Arbeitsplatz behalten können. Daher ist für uns klar: Am 1. Mai gehen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Interessen der Beschäftigten auf die Straße!

Grafik: © Linksfraktion Thüringen

Für DIE LINKE im Thüringer Landtag ist klar: Es ist nötig, Befristung und Leiharbeit zu stoppen. Viele Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeit, mit der alle ihre Zukunft planen können. Wir brauchen existenzsichernde Mindestsicherung und es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden.

Viele Menschen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit. Außerdem wollen wir steigende Mieten und Energiepreise stoppen. Und es braucht mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Schließlich brauchen wir mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Um Werkschließungen oder Verkäufe zu verhindern, müssen wir Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen, nicht nur den Profit sondern auch die Interessen ihrer Beschäftigten und der Gesellschaft im Blick zu behalten.

Eigentum verpflichtet!

Das Grundgesetz durchsetzen: Artikel 14 nimmt Unternehmen in die Pflicht

✎ VON DIETER HAUSOLD

Das Generatorenwerk von Siemens in Erfurt ist hochproduktiv. Es ist flexibel, im digitalen Bereich auf einem hohen Niveau und die Belegschaft ist hoch motiviert – auch beim Kampf um den Erhalt ihres Standortes und ihrer Arbeitsplätze. Und dennoch will der Konzern den Standort möglicherweise schließen oder verkaufen. Seit Monaten werden die Beschäftigten und ihre Familien im Unklaren darüber gelassen, wie es weitergehen wird.

Siemens ist in Erfurt ein Traditionsunternehmen. Der Betrieb ist nicht nur wirtschaftlich wichtig, sondern auch für Thüringen und die Stadt. Die rot-rot-grüne Landesregierung und die demokratischen Fraktionen haben sich im Landtag und bei den Kundgebungen von Belegschaft und IG Metall klar an die Seite der Beschäftigten gestellt. Der Verkauf des Werkes, das dezentrale Lösungen für den Energiemarkt anbietet, macht für Siemens ökonomisch keinen Sinn. Das gilt es mit allen Mitteln zu verhindern – im Interesse der Beschäftigten, ihrer Familien und des gesamten Freistaates!

Ich will aber noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. In Artikel 14 des deutschen Grundgesetzes heißt es ausdrücklich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Wir haben an den Siemens-Konzern die Anforderung, dass sie nicht nur wirtschaftliche Erwägungen zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Das Unternehmen hat auch eine gesellschaftliche und – ausdrücklich! - eine verfassungsmäßige Verantwortung für die Gesellschaft: Eigentum verpflichtet zum Wohle der Allgemeinheit!

Es geht bei Siemens um die Arbeitsplätze an den Standorten. Es geht um die Arbeitsplätze bei den Zulieferern und es geht um die Familien der Beschäftigten. Und es geht auch darum, dass sich eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit demokratischen Entwicklungen und mit Mitbestimmung verbinden muss.

Dieter Hausold ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Aktiv für gute Arbeit!

Der Einsatz für Gute Arbeit und eine aktive Arbeitsmarktpolitik kennzeichnen die Politik, für die unsere rot-rot-grüne Landesregierung steht. Das ist ein radikaler Wechsel: Bei der CDU galten Niedriglöhne als angeblicher „Standortvorteil“.

✎ VON HEIKE WERNER

Was ist bisher erreicht? Beim Abbau der Arbeitslosigkeit sind wir gut vorangekommen. Im Jahr 2015 lag die Arbeitslosenquote in Thüringen bei 7,4 Prozent. Im Jahr 2017 waren es nur noch 6,1 Prozent. Ich gehe davon aus, dass wir 2018 sogar deutlich unter 6 Prozent liegen werden. Gleichzeitig ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gestiegen. Beides kann sich sehen lassen. Natürlich spielt die Konjunktur eine Rolle. Aber die ist bundesweit da – und trotzdem liegt Thüringen in Ostdeutschland an der Spitze und lässt eine Reihe westdeutscher Länder hinter sich.

Zu den Schwerpunktprojekten meines Ministeriums gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier setzen wir mit dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen, das bereits in zwei Modellkommunen gestartet wurde, neue Akzente. Aufgrund der demographischen Entwicklung hat das Thema Fachkräftesicherung zentrale Bedeutung. Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik bauen wir Langzeitarbeitslosigkeit weiter ab und erschließen Beschäftigungspotentiale. Das gilt ebenso für die wichtige Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten.

Bei der Arbeitsmarktpolitik ist die öffentlich geförderte Beschäftigung – ein linkes Kernprojekt – neu dazugekommen. Mit einem sozialen Arbeitsmarkt ermöglichen wir Teilhabe. Das Förderprogramm wurde von externen Wissenschaftlern bewertet. Ihre Analyse bestätigt: wir erreichen genau diejenigen, die Unterstützung benötigen. Was mir besonders wichtig ist: die in den Projekten geförderten Menschen fühlen sich gestärkt und wieder als Teil unserer Gesellschaft.

Heike Werner ist Mitglied der Partei DIE LINKE und Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Foto: © TSK

1. Mai: Solidarität!

Am 5. Mai jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag von Karl Marx. Es macht den Eindruck, als würde seine Analyse der Entwicklung der Produktivkräfte und seine Schlussfolgerungen eine Renaissance erleben. Überall gibt es Tagungen und Kongresse über Marx und was er uns im 21. Jahrhundert zu sagen hat. Vor allem wohl, dass es nach wie vor lohnt, für seine Interessen zu kämpfen. Das haben in diesem Jahr die Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Automobilindustrie und im öffentlichen Dienst gezeigt. Die guten Abschlüsse sind nicht vom Himmel gefallen. Starke Gewerkschaften, Belegschaften und Beschäftigte, die bereit waren, nicht nur für mehr Geld, sondern auch für neue Arbeitszeitmodelle zu streiken, waren eine notwendige Voraussetzung.
Im Mai 2018 steht Thüringen gut da. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig wie noch nie, Löhne steigen und die Landesregierung hat mit dem beitragsfreien letzten Kindergartenjahr, mit Einstellungen bei Lehrern und Polizei und Investitionen in Ausbau und Sanierung öffentlicher Infrastruktur wichtige Impulse gesetzt.
Aber: SIEMENS und OPEL stehen im Moment beispielhaft dafür, dass auch in Thüringen nicht alles Gold ist, was scheinbar glänzt. Gewinne steigen und trotzdem werden Werke geschlossen und Beschäftigte entlassen. Und auch hier gilt: Wer sich nicht wehrt, der hat schon verloren. Auch deshalb lohnt es sich, am 1. Mai für „Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit“ auf die Straße zu gehen.

Ihr Bodo Ramelow

Links und Polizist

Im Interview: Gewerkschaftspolitiker Rainer Kräuter (DIE LINKE)

Was sind aus Deiner Sicht heute die wichtigen Themen am 1. Mai?
Ganz klar: Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Also die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und die Möglichkeiten zu deren Durchsetzung. Mir geht es um die Stärkung von Gewerkschaften in den Betrieben, den Behörden und Dienststellen und um das solidarische Miteinander der Gewerkschaften bei der Vertretung von Beschäftigten. Es sind Themen, denen sich die Landespolitik annehmen muss – und das tut die rot-rot-grüne Regierung.

Das Land als Arbeitgeber und die Interessen der Beschäftigten – wo stehst du da als Gewerkschafter in einer Regierungsfraktion?
Ich verstehe, dass es unterschiedliche Interessen bei Vertretern der Regierung auf der einen Seite und den Angestellten und Beamten auf der anderen Seite gibt. Eben deshalb ist es so wichtig, dass die Abgeordneten der rot-rot-grünen Koalition ihre eigene Sicht haben und sich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Wenn ich zum Beispiel an die Änderung des Besoldungsgesetzes denke, haben die Abgeordneten von LINKE, SPD und Grünen kräftig nachgebessert – zugunsten aller Beamten und einzelner Beschäftigtengruppen. Aktuell erwarten wir die Vorlage des neuen Personalvertretungsgesetzes. Zurecht erhoffen die Personalräte eine Verbesserung der Instrumente für eine wirksame Interessenvertretung. Wir werden zum Beispiel das Instrument der gerichtlichen Durchsetzung von Vertretungsrechten entscheidend verbessern. Ich bitte aber auch Beschäftigte und Gewerkschaften, sich mit ihren Vorschlägen und Interessen in die Debatte einzubringen.

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Was sind deine politischen Projekte?
Als Sprecher für Gewerkschaftspolitik muss man sich einerseits für politische Forderungen gegenüber der Bundesregierung stark machen: Niedriglöhne, Mini- und Midijobs sind keine Perspektive, Schluss damit! Die Schonzeit für die Arbeitgeber muss vorüber sein! Überstunden und Überlastung im öffentlichen Dienst gehören abgeschafft, wir fordern mehr Personal. Finger weg vom Arbeitszeitgesetz und mehr Mitbestimmung! Und ich sage: Investiert in bessere Bildung und Infrastruktur! Eine Lohnlücke – zur Zeit von 21 Prozent – bei der Bezahlung von Frauen ist ungerecht. Beendet das! Arbeitgeber, die aus der Tarifbindung flüchten, verweigern gerechte Löhne. Verbietet es ihnen! Reiche müssen mehr tragen als Arme – wir fordern ein gerechtes Steuersystem. Und schließlich: Stärkt ein soziales und solidarisches Europa! Darüber hinaus vertrete ich auf der Ebene der Landespolitik die Interessen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Da verfolge ich einige Projekte mit großer Leidenschaft: Ganz oben stehen ein modernes Personalvertretungsgesetz mit Allzuständigkeit für Personalräte und ein modernes Vergabegesetz mit wirksamen Kontrollmöglichkeiten, das ordentliche Mindestlöhne bei öffentlichen Aufträgen garantiert.

Rainer Kräuter ist gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Mitglied der „Gewerkschaft der Polizei“.

Foto: ©LINKSFRAKTION THÜRINGEN

„Immer an eurer Seite!“

Landesregierung und LINKE-Fraktion unterstützen Beschäftigte bei Opel in Eisenach

Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) war wütend: „PSA legt die Axt an Opel an, und sie beginnen damit in Eisenach“. Auf die Kundgebung der IG Metall am 24. April 2018 vor dem Werkstor in Eisenach waren gut 1.500 Beschäftigte und UnterstützerInnen gekommen – darunter für DIE LINKE im Thüringer Landtag Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow und die Abgeordnete Anja Müller. Neben Ramelow sprachen Vertreter von Gewerkschaft, Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf (DIE LINKE) und von den Betriebsräten mehrerer Opel-Standorte zu den Versammelten. Mit Bussen waren Beschäftigte aus den Werken Kaiserslautern, Rüsselsheim, Dudenhofen und Bochum nach Thüringen gekommen, um die KollegInnen hier zu unterstützen. An einer internen Betriebsversammlung zuvor im Werk hatten Ramelow und Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) teilnehmen können – beide an der Spitze des Zuges der Beschäftigten, die gemeinsam aus der Versammlung vors Tor zogen.

Der französische Konzern PSA drohe mit dem Abbau von Arbeitsplätzen oder gar Werkschließungen, kritisieren Gewerkschaften und Politik. Der Konzern verlange laut Presseberichten zudem von seinen Beschäftigten Verzicht auf Lohn sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. „Wir stehen als LINKE solidarisch an der Seite der Beschäftigten, ihrer Familien und den Gewerkschaften. Die Landesregierung, Oberbürgermeisterin Wolf und die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen werden alles dafür tun, in Eisenach Beschäftigung zu sichern“, stellte Fraktionsvorsitzende Hennig-Wellsow klar. Und weiter: „Wir werden der Belegschaft in ihrem Kampf gegen die Schließung des Opel-Werkes politisch Rückendeckung geben. Eisenach muss ein moderner Industriestandort bleiben und die Marke Opel ist damit fest verbunden.“ Um öffentlich den Druck auf PSA zu erhöhen, Standorte und Jobs zu erhalten, haben die Fraktionen von SPD und DIE LINKE eine aktuelle Stunde im Thüringer Landesparlament beantragt, die am 25. April behandelt wurde. Das Motto: „Investitionszusagen für Opel-Werk einhalten - Produktionsstandort Eisenach sichern!“ In ihrer Begründung machten die beiden Fraktionen ihre Forderung klar: „Die im Zuge der Übernahme von Opel im November 2017 durch PSA getätigten Investitionszusagen müssen eingehalten werden,

Foto: ©LINKSFRAKTION THÜRINGEN

um allen Opel-Standorten in Deutschland eine langfristige Perspektive zu geben.“ SPD und LINKE kritisieren das Vorgehen des französischen Konzerns: „Obwohl diese die Voraussetzung für die Unterstützung der Übernahme durch Betriebsräte, Gewerkschaft und des Landes war, werden die Investitionszusagen seitens des PSA Konzerns laut aktuellen Medienberichten an weitere Bedingungen geknüpft.“

In seiner Rede forderte Landesvater Ramelow vom französischen Konzern eine Zusage, die Standorte und die Marke Opel als Autobauer zu erhalten. Er attackierte die jüngsten Entscheidungen von PSA mit deutlichen Worten und pochte auf die Einhaltung von geltenden Tarifverträgen. Es brauche eine „Zukunftsgarantie“ und eine ordentliche Auslastung des Eisenacher Werks. Die Ankündigung, in Thüringen nur noch ein Modell mit 70.000 Stück zu fertigen, das sei viel zu wenig. Es brauche eine ordentliche Auslastung des Werkes. Auch für Zulieferer, Zeit- und Leiharbeiter sowie die Firmen in Stadt und Region sei der Erhalt des Werks entscheidend – bis zum „Bäcker an der Ecke“, der von den Beschäftigten lebe, so Ramelow.

Die Chefin der LINKE-Fraktion, Susanne Hennig-Wellsow, sagte nach der Kundgebung in Eisenach: „Nur solidarisch können wir den Druck auf das PSA Management erhöhen und tariflich entlohnte Beschäftigung sichern. Opel muss Autobauer bleiben, die Standorte und die Arbeitsplätze erhalten werden!“

Noch nicht am Ziel

Im Interview: Bernd Spitzbarth, Geschäftsführer der IG Metall Erfurt/Nordhausen, über Angst um Siemens-Jobs und Initiativen gegen Konzernmacht und für Mitbestimmung.

Seit Monaten zittern die Beschäftigten bei Siemens in Erfurt um ihre Jobs. Wie ist der Stand?

Das Zittern hat Bestand. Für die Beschäftigten und den regionalen Zulieferer gibt es keine Entwarnung. Es geht um Sicherheit, die Siemens bisher nicht liefert.

Ende 2017 gab es zahlreiche Aktionen gegen die mögliche Schließung des Werks. Was passiert zur Zeit, um Jobs und Standort zu erhalten? Wird Unterstützung gebraucht?

Foto: ©DIE / NGL

Mit unseren Aktionen haben wir viel erreicht. In der Öffentlichkeit ist das Thema angekommen: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist nicht der Auffassung, dass man Standortschließungen, Verkäufe und Massenentlassungen als rein unternehmerische Entscheidungen hinnehmen muss. Die Erwartungen an Politik und Wirtschaft sind sehr hoch. Mit der öffentlichen Unterstützung haben wir den Druck auf das Management erhöhen können. Gegenwärtig befinden wir uns in Gesprächen, um auszuloten, inwieweit in Verhandlungen eingestiegen werden kann. Die Beschäftigten haben sich bei ihren Aktivitäten immer für ein solidarisches, gemeinsames Handeln aller Standorte eingesetzt. Das ist eine Stärke. Da wir noch lange nicht am Ziel sind, ist weitere Unterstützung erforderlich. Es ist allerdings an der Zeit, dass sich nicht nur Landesregierungen für die Standorte einsetzen. Die Bundesregierung muss sich klar zum Erhalt aller Standorte und der Beschäftigung positionieren. Hier erwarten wir mehr Initiative!

Der Erfurter Siemens-Betriebsratsvorsitzende Mario in der Au und Sie waren bei der europäischen Linksfraktion zur Diskussion – die Thüringer Linksfraktion hatte den Kontakt vermittelt. Schließungen, Standortverlagerungen und Entlassungen sind auch in anderen Ländern ein Problem. Gibt es europäische Initiativen, um gemeinsam darauf zu reagieren?

Eine gemeinsame Initiative, um Beschäftigte besser schützen zu können, ist wichtig. Die Instrumente liegen auf der Hand: erweiterte Mitbestimmung für Betriebsräte und eine gesetzliche Einschränkung von Massenentlassungen bei Gewinnen. Hier sind die nationale und die europäische Politik gefordert. Eine einheitliche Position ist aber im Europaparlament nicht zu erkennen. Die Europäische Kommission sagt, dass sie nicht in Entscheidungen des Managements in private Unternehmen eingreift. Auch die Bundesregierung und einige Parteien sehen die Entscheidung über Einstellungen und Entlassungen allein bei den Unternehmen. Die Bundesregierung sieht Unternehmen zwar in einer sozialen Verantwortung, allerdings ohne Verbindlichkeiten. Wir benötigen aber Verbindlichkeiten, die bei Verstößen schnell sanktioniert werden können. Das Prinzip der Freiwilligkeit funktioniert in einer auf Margen ausgerichteten Marktwirtschaft nicht. Eine Initiative gibt es derzeit nur bei der Linkspartei.

Mitte März haben die Mitglieder der IG Metall Erfurt/Nordhausen einen offenen Brief an Kanzlerin Angela Merkel geschrieben – gegen Konzernmacht und für mehr Mitbestimmung. Was sind Ihre Forderungen?

Die Delegierten haben zum Ausdruck gebracht, dass die soziale Marktwirtschaft nicht nur in Sonntagsreden von Politikern und Wirtschaftsvertretern auftauchen darf, sondern in die Praxis umzusetzen ist. Hierfür stehen die Bestimmungen des Grundgesetzes: Unternehmen und Konzerne stehen in einer besonderen Verantwortung, sind in der Pflicht. Wir fordern am Beispiel Siemens schon seit längerem einen industriepolitischen Dialog mit dem Bund und der Kanzlerin - bisher leider erfolglos. Mit dem Wandel der Industrie – Stichworte Digitalisierung und Energiewende - erwarten die Menschen, dass das Thema Arbeit und Sicherheit mitgedacht wird. Es muss einem DAX-Konzern wie Siemens zuzutrauen sein, ein Management zu haben, das die Standorte mit zukunftsfähigen Produkten auslastet. Wenn ich also Produkte der Energieerzeugung herstelle, muss ich mich weiterentwickeln, investieren und forschen. Siemens hat sich das in der Vergangenheit zu einfach gemacht. Da hilft auch nicht die Ansage, dass man Arbeitsplätze an anderer Stelle schaffen will. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft verlangt, Mensch, Gesellschaft und Arbeit zusammen zu denken.

Und in Thüringen? Was kann oder müsste Politik tun, um die Situation der Metall-Beschäftigten zu verbessern?

Allein mit regionaler Industriepolitik ist dem nicht beizukommen. Die Bundespolitik sollte klare Regeln schaffen, dass ein Unternehmen mit positiven Ergebnissen nicht einfach Werke schließen oder Massenentlassungen durchführen kann. Industrie- und Ansiedlungspolitik muss sich auf Unternehmen konzentrieren, die ihren Standort auf Grund guter Infrastruktur wählen und sich nicht auf in Aussicht gestellte Vergünstigungen konzentrieren. Zu guter Infrastruktur gehört auch gute Arbeit, also Tarifbindung und Mitbestimmung. Auch das sind Garanten für ein stabiles soziales und wirtschaftliches Umfeld.

Ausbildung

Azubi-Ticket nötig!

Die rot-rot-grüne Thüringer Regierungskoalition strebt die Einführung eines kostengünstigen Azubi-Tickets für den öffentlichen Nahverkehr an, das hatten DIE LINKE, SPD und Grüne 2014 im Koalitionsvertrag gemeinsam festgelegt. Torsten Wolf ist als bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion auch für das Thema Ausbildung zuständig. Er setzt sich gemeinsam mit der Verkehrsexpertin der Fraktion, Dr. Gudrun Lukin, für die Einführung eines günstigen Nahverkehr-Tickets für Azubis ein.

Der frühere Vorsitzende der Thüringer „Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft“ sagt: „Den politischen Willen, ein Azubi-Ticket einzuführen, haben wir im Landeshaushalt 2018/19 festgeschrieben – die finanziellen Vorbereitungen sind also getroffen. Das Land stellt erheblich mehr Geld zur Verfügung als bisher - pro Jahr fünf Millionen Euro. Wir unterstützen die Landesregierung bei der Umsetzung, ein möglichst kostengünstiges Ticket für alle zu schaffen.“ Bisher bekamen nur wenige Auszubildende finanzielle Unterstützung für Fahrtkosten – 2017 stellten zum Beispiel 775 Menschen Anträge auf Zuschüsse auf Unterstützung.

Bildungsexperte Wolf stellt klar: Das zuständige Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft kümmert sich aktiv um Lösungen, damit das Ticket endlich Realität wird: „Ministerin Birgit Keller und Staatssekretär Klaus Sühl verhandeln hart mit den Verkehrsverbünden.“ Doch Wolf beklagt, die „Kleinstaaterei“ der Verkehrsverbünde verhindere bisher eine Lösung. Er sagt: „Als LINKE wollen wir eine Lösung für alle Azubis in Thüringen! Wir haben als rot-rot-grüne Fraktionen und als Landesregierung den festen Willen, zum 1. August 2018 als ersten Schritt für möglichst viele ein möglichst günstiges Ticket anzubieten.“ Der Experte für Bildungs- und Ausbildungspolitik macht klar: „Kostengünstig und für alle, das ist Ziel der LINKEN.“

Auch Bodo Ramelow (DIE LINKE), Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, hatte im März 2018 gegenüber der Industrie- und Handelskammer noch einmal um Unterstützung für das Ticket geworben. Es bedürfe „einer gemeinsamen Kraftanstrengung zwischen den Betrieben, den Auszubildenden, den Verkehrsträgern des Landes und den Kammern“, um das Ticket gemeinsam auf den Weg zu bringen, appellierte Ramelow.

Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung

Bei Anhörung viel Zustimmung für rot-rot-grünen Gesetzentwurf

Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Demokratie, das hat sich DIE LINKE auf ihre Fahnen geschrieben und sich dafür seit Jahren vielfältig engagiert – im Landtag, aber vor allem auch im außerparlamentarischen Bereich und im Bündnis Mehr Demokratie. Inzwischen gehört die Thüringer Gesetzgebung im direktdemokratischen Bereich zu den fortschrittlichsten in ganz Deutschland. Aber weitere Verbesserungen sind möglich und notwendig.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Daher haben die Koalitionsfraktionen dem Landtag einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Demokratie auf Landesebene vorgelegt. Kürzlich befasste sich der Innen-und Kommunalausschuss im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit dem Gesetz. Die Mitglieder des Ausschusses aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne zeigten sich nach der intensiven, über mehrere Stunden andauernden Sitzung und Diskussion sehr zufrieden mit der breiten Unterstützung des Reformvorhabens durch die große Mehrzahl der Anzuhörenden. „Die Zeit ist reif für mehr Bürgerbeteiligung bei Volksbegehren, die Umwandlung des Bürgerantrags in einen Einwohnerantrag und die Absenkung des Wahlalters auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahre“, erklärten Anja Müller (DIE LINKE), Claudia Scheerschmidt (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

„Wichtig ist vor allem das weitgehende Zurückdrängen des so genannten Finanzvorbehalts, um mehr Volksbegehren möglich zu machen, denn die meisten Anliegen kosten einfach Geld. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollten über dessen Verwendung mehr mitbestimmen dürfen. Wie Andreas Gross, Anzuhörender aus der Schweiz, bestätigte, zeigen dortige Erfahrungen, dass die Menschen bei der direkten Demokratie genauso vernünftig, in vielen Fällen sogar vernünftiger, mit Geld und Kosten umgehen als die Parlamentarier. Durch die Pflicht zum Deckungsvorschlag ist im R2G-Gesetzentwurf dafür gesorgt, dass sich Initiatoren von Volksbegehren auch einen Kopf um die Finanzierung ihres Vorhabens machen müssen“, betonte Anja Müller, die für die Linksfraktion Sprecherin für Bürgerbeteiligung ist. Längst überfällig ist die Absenkung des Wahlalters für die Landtagswahlen auf 16 Jahre. „Es besteht kein Grund, 16- und 17-Jährigen das Wahlrecht weiter vorzuenthalten“, so Claudia Scheerschmidt. Und Dirk Adams wies auf die Halbierung der Quoren für Volksbegehren (fünf Prozent der Wahlberechtigten) und den Einwohnerantrag, für den nur noch 10.000 Unterschriften nötig wären, hin.

Die rot-rot-grünen Abgeordneten forderten die CDU dringend auf, sich nun in Sachen Ausbau der Demokratie auf Landesebene auf wirksame Verbesserungen hinzubewegen, „denn die Anhörung hat gezeigt, dass der Gesetzentwurf dafür eine sehr brauchbare Grundlage darstellt“.

» Whatsapp-Verbot?

Ein Verbot des Messangers „WhatsApp“ für Jugendliche unter 16 Jahren löst keine Probleme, stellt Katharina König-Preuss klar. Die netz- und datenschutzpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion sagt: „Der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen Medien und Messengern muss erlernt werden. Dies gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Eltern und Erwachsene. Wichtig wäre eine weitgehende Transparenz, welche Daten von dem Dienst verarbeitet und weitergegeben werden. Die Möglichkeit, bestimmte Weitergaben effektiv zu unterbinden und Daten auch wirklich zu löschen, wären aus datenschutzpolitischer Sicht wichtigere Maßnahmen.“

» Gewalt an Schulen

„Gewalt und Mobbing an Schulen sind keine Massenphänomene. Schüler und Lehrer gehen in Thüringen angstfrei an ihren Lern- und Arbeitsort“, sagt Torsten Wolf. Doch der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion warnt: „Trotzdem sind einzelne Vorfälle alarmierend.“ Über Medien, soziale Netzwerke und Elternhäuser würden viele Probleme an die Schulen getragen – eine Aufgabe für Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter und Lehrer, betont Wolf.
Und er sagt: „Wir als Regierungsfraktionen werden das Schulgesetz im Bereich Demokratisierung von Schule so weiterentwickeln, dass Lehrer, Schüler und Eltern ihre Interessen im Konsens weiter lösen können.“

» Befreiung!

Zum 73. Jahrestag der Befreiung der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion: „Der Schwur von Buchenwald muss uns Leitlinie sein und bleiben: ´Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.´ Faschismus und Neonazismus dürfen nie wieder an die Macht gelangen. Wir müssen uns dem Erstarken der Rechten entgegenstellen. Gedenkstätten, wie Buchenwald und Mittelbau-Dora, halten die Erinnerung an den Massenmord und an die Shoa ebenso wach, wie die zahlreichen kleinen Gedenkstätten quer durchs Land.“

Gegen Rassismus

VON SABINE BERNINGER

Die Enquetekommission Rassismus hörte am 10. April im Landtag Vertreterinnen und Vertreter von NGOs und aus Politik und Verwaltung zu Strategien gegen Rassismus anderer Bundesländer, des Bundes und der EU.

Ein qualifiziertes Informations- und Unterstützungsangebot in unabhängigen Beratungsstellen sei wichtig, so Daniel Bartel vom Antidiskriminierungsverband Deutschland. Wehren sich Betroffene, gehe es nicht allein um Verbesserungen für sich selbst, sondern um Veränderungen für die Gesellschaft: „Antidiskriminierungsberatung ist auch Impulsgeber. Gesetze allein reichen nicht aus, um Realitäten zu ändern.“

Neben den öffentlichen Anhörungen kann die Enquetekommission auch aus zahlreichen schriftlichen Stellungnahmen schöpfen. Darin wird immer wieder ein Monitoring, eine Datengrundlage zu von Rassismus betroffenen Menschen bzw. rassistischen Vorfällen gefordert. In der Schweiz etwa wird bereits seit 1995 eine Urteilssammlung zur Rassismusstrafnorm (§ 216bis StGB) geführt, alle zwei Jahre wird der Bericht „Rassistische Diskriminierung in der Schweiz“ veröffentlicht, der auf der jährlichen statistischen Erhebung zum „Zusammenleben in der Schweiz“ basiert.

foto: © Sabine Berninger

Mit der Anhörung zu Strategien hat die Kommission die Phase I ihres Arbeitsplanes – die Informationsgewinnung - abgeschlossen. Derzeit wird der dem Landtag vorzulegende Zwischenbericht erarbeitet. Danach geht es in Auswertung der Informationsphase an die Entwicklung konkreter Maßnahmen. Dass Rassismusbekämpfung eine Daueraufgabe ist, hat uns die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR – die es, seit 1995 arbeitend, ja wissen muss – ins Stammbuch geschrieben.

Mehr Informationen auf www.die-linke-thl.de, unter #EnqueteRassismus oder über unseren Newsletter.

Alternative 54

Fast 1,3 Millionen gespendet

Es vergeht kaum eine Woche, in der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE nicht auch als Mitglieder der Alternative 54 Erfurt e.V. unterwegs sind und Spenden übergeben. Geld, das sie aus ihren Diätenerhöhungen als Mitgliedsbeiträge einzahlen, um sie sozialen, kulturellen sowie Sport- und Bildungsprojekten in Thüringen zugutekommen zu lassen.

Foto: ©Linksfraktion ThüringenE

So waren Ina Leukefeld und Steffen Harzer kürzlich bei der Bergwacht in Oberhof und übergaben einen Spendenscheck an Daniel Fritsche. Es geht dabei um die Unterstützung für die Arbeit der zahlreichen Ehrenamtlichen, die engagiert dafür sorgen, dass Wanderer und Touristen im Thüringer Wald sicher unterwegs sein können. Das Geld wird für die Anschaffung eines neuen Defibrillators verwendet.

Und Ralf Kalich verband einen Besuch in der Stadtbibliothek Bad Lobenstein mit der Übergabe einer „alternativen“ Spende an die bei den Bürgern beliebte Einrichtung und ihren Mitarbeiter Roland Barwinsky. Damit wollen sie vor allem den Kinderbücher-Bestand erweitern, denn regelmäßig sind Schulklassen und Kindergartengruppen in der Bibliothek.

Wie Mitarbeiterin Maria Funke informierte, haben die Mitglieder des Abgeordnetenvereins allein im März 17 Spenden, die sich auf 6.000 Euro summieren, überreicht. Damit ist die Gesamtzahl der durch die Alternative 54 seit Vereinsgründung im Jahr 1995 ausgereichten Zuwendungen auf 3.411 angestiegen und die Gesamtspendensumme beträgt jetzt 1.262.101 Euro. Derzeit liegen bereits schon wieder 50 Neuanträge vor, die in den nächsten Wochen und Monaten bearbeitet werden.

Es ist wohl nicht vermessen, festzustellen, dass die Aufgabe des 1995 durch 12 Abgeordnete der PDS-Landtagsfraktion gegründeten Vereins, eine glaubhafte Alternative zum Diätenautomatismus im Artikel 54 der Thüringer Verfassung darzustellen, nach wie vor eindrucksvoll erfüllt wird.

Skandalöser Wortbruch

LINKE fordert Erhalt von OPEL-Arbeitsplätzen und Standort Eisenach

Das Verhalten des Managements im Fall Opel sei ein „inakzeptabler Wortbruch“, kritisieren DIE LINKE, SPD und Grüne. Der Opel-Eigentümer „PSA“ droht mit Arbeitsplatzabbau im Werk Eisenach, Aufkündigung des Tarifvertrags und will so offenbar Lohnkürzungen erzwingen. Dagegen wehren sich Beschäftigte, Gewerkschaften und Politik.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) schrieb: „In Eisenach soll es vorexerziert werden! Zuerst die allgemeinen Kosten senken und Personal radikal abbauen, dann die Löhne senken, Mittbestimmung &Tarifverträge abbauen. Betriebsräte und IGM stören wohl?“ Auch Wirtschaftspolitiker Dieter Hausold (DIE LINKE) ist empört: „Der mögliche Arbeitsplatzabbau bei Opel und mögliche Folgen für die Zuliefererbranche wären ein schwerer Schlag für die Beschäftigten und die industrielle Entwicklung. PSA würde sich nicht nur vertragsbrüchig zeigen, sondern auch ihre gesellschaftliche Verantwortung für das Gemeinwohl ignorieren.“ Auch Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf (DIE LINKE) bot sofort Angestellten und dem Betrieb Unterstützung an.

Die neue Situation bei Opel war schon am 19. April Thema im Wirtschaftsausschuss des Landtages und wird am 25. April Thema einer „Aktuellen Stunde“ werden, die LINKE und SPD beantragt haben. Klar ist: Landesregierung und Rot-Rot-Grün stehen an der Seite der Beschäftigten.

Foto: ©Photo by CEphoto, Uwe Aranas

Hochschule: Auf Augenhöhe

Wichtiger Schritt zur demokratischen, sozialen und offenen Hochschule

Foto: ©Linksfraktion ThüringenE

Es ist ein wichtiger Schritt hin zur demokratischen, sozialen und offenen Hochschule, wenn nun der Thüringer Landtag nach einem intensiven Dialogprozess Ende April das neue Thüringer Hochschulgesetz verabschiedet.

VON CHRISTIAN SCHAFT

Das „Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung an den Hochschulen“ bricht mit dem Nimbus der Professorenmehrheit in den Hochschulgremien. Künftig werden alle Statusgruppen (Professorinnen und Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im wissenschaftlichen und technischen Bereich sowie die Studierenden) in Angelegenheiten, die nicht unmittelbar Forschung und Lehre betreffen, auf Augenhöhe miteinander diskutieren und entscheiden. Diese Parität ist ein wichtiger Schritt zu mehr Mitbestimmung an den Hochschulen.

Mit neuen Kompetenzen versehen und besser in die Gremien eingebunden werden auch die Gleichstellungsbeauftragten. Mit der Einsetzung von Diversitätsbeauftragten wird der steigenden Vielfalt an den Hochschulen Rechnung getragen. Auch in Sachen Studienbedingungen tut sich etwas. So wird die Anwesenheitspflicht reduziert auf Veranstaltungen, bei denen das Erreichen des Lernzieles von diesen abhängig ist. Sie entfällt damit für Vorlesungen und einen Teil der Seminare. Zudem verabschiedet sich das Gesetz von dem datenschutzrechtlich fragwürdigen Umgang mit Krankschreibungen von Studierenden zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit. Künftig reicht die Vorlage der Krankschreibung durch den Arzt.

Nicht zuletzt wird es auch Verbesserungen im Bereich der Arbeit an den Hochschulen geben. Künftig sind die Hochschulen verpflichtet, sich Richtlinien für Gute Arbeit in der Wissenschaft zu geben, um dem Befristungsunwesen entgegenzuwirken. Die Vergütung der Lehrbeauftragten berücksichtigt nicht nur ihre Präsenzstunden, sondern auch die Vor- und Nachbereitung ihrer Veranstaltungen. Zudem soll auf die Verabschiedung des Gesetzes die Verbesserung der Vergütungssätze für Lehrbeauftragte folgen.

„Mehr Mitbestimmung!“

Im Interview: Europaabgeordneter Martin Schirdewan (DIE LINKE) über europäische Solidarität für die Erfurter Siemens-Beschäftigten aus Europa und die Forderungen nach mehr Mitbestimmung.

Vor kurzem besuchten der Geschäftsführer der IG Metall Erfurt/Nordhausen, Bernd Spitzbarth, und der Betriebsratsvorsitzende des Siemens-Werks Erfurt, Mario in der Au, die europäische Linksfraktion in Brüssel. Worum ging es?

Wir haben Bernd Spitzbarth und Mario in der Au eingeladen, damit sie in der Linksfraktion im Europaparlament über die Situation im Erfurter Siemens-Werk berichten. Obwohl der Betrieb profitabel ist, diskutiert der Konzern Schließung und Massenentlassungen. Die beiden haben den Abgeordneten von ihrem Arbeitskampf berichtet. Sie haben dort aus den verschiedenen Ländern, zum Beispiel aus Portugal, Griechenland und den Niederlanden, große Solidarität erfahren.

Foto: ©GUE / NGL

Massenentlassungen trotz sprudelnder Gewinne, Betriebsverlagerungen oder Firmenschließungen sind überall in Europa ein Problem. Welche Möglichkeiten hat die europäische Politik, um Beschäftigten besser zu schützen?

Der Fall Siemens ist kein rein deutsches Problem. Siemens ist ein weltweit agierender Großkonzern - einer der mächtigsten. Sie haben 340.000 Angestellte weltweit und im letzten Jahr einen Rekordgewinn erwirtschaftet. Dennoch hat der Konzern beschlossen, Arbeitsplätze vor allem in Europa – hier etwa 4.300 – abzubauen, um den Profit weiter zu steigern. In Europa sind davon vor allem Deutschland und die Niederlande betroffen. Welche Möglichkeiten haben wir, darauf Einfluß zu nehmen? Zu allererst müssen wir Druck auf den Konzern erzeugen. Wir haben zum Beispiel beantragt, dass sich das Plenum des Europaparlaments damit befasst und das Thema auf die Tagesordnung setzt. Ich habe den Antrag vor vollbesetztem Parlament begründet. Wäre unser Vorschlag angenommen worden, hätten die europäische Kommission und der Rat eine Stellungnahme zu den angekündigten Massenentlassungen abgeben müssen. Doch leider hat die Mehrheit knapp gegen uns gestimmt. Aber das war eine erste wichtige Aktion, um Öffentlichkeit zu schaffen. Zweitens müssen wir über politische Inhalte nachdenken. Wir wollen eine Initiative für zwei Kernforderungen in Gang zu setzen. Erstens: Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen gesetzlich zu untersagen. Und zweitens wollen wir Unternehmen, die über Jahre öffentliche Fördergelder bekommen haben, wie zum Beispiel Siemens, dazu zwingen, dass sie bei Massenentlassungen trotz Profit die erhaltenen Fördergelder zurückzahlen müssen.

Mitbestimmung wird von Gewerkschaften als wichtiges Instrument genannt, um Arbeit sozialer zu gestalten und Kündigungen und Werkschließungen zu behindern. Wie ist der Stand in Europa?

Die deutsche Arbeitnehmer-Mitbestimmung gilt vielen in Europa als exemplarisch. Es gibt viele Nachfragen, wie das Modell in andere Länder übertragen werden könnte. Das obliegt natürlich den Nationalstaaten. Aber wir müssen bei gewerkschaftlicher Mitbestimmung und dem Ausbau der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch viel weitergehen, als bisher. Der Angriff läuft auf großer Linie. Denn Siemens ist ja nicht der einzige Konzern, der so agiert. Überall finden massive Umstrukturierungen statt, die tausende Arbeitsplätze kosten. Was wir brauchen sind transnationale Gewerkschaftsstrategien, die wir den Konzernstrategien entgegen setzen. Dafür müssen Leute miteinander reden. Als LINKE im Europaparlament versuchen wir, unseren Teil dazu beizutragen, dass der Dialog stattfindet und entsprechende Initiativen angestoßen werden. Wir erleben ja nicht nur einen Angriff der ökonomischen Eliten. Wir sehen zum Beispiel in Frankreich auch einen Angriff der politischen Eliten auf Arbeiternehmer-Rechte. Ein Argument ist dabei immer die deutsche Niedrigkosten-Politik, wo die Löhne im Vergleich zur Produktivität nicht ausreichend gestiegen sind – die Real-Löhne also sogar gesunken sind. So wird auch Kostendruck auf andere Länder ausgeübt, die durch Kürzungen und den Abbau von Rechten der Arbeitnehmer dem Stand zu halten versuchen. Unsere Aufgabe als deutsche Linke in Europa ist, die Lohnpolitik in Deutschland umzudrehen – also die Gewerkschaften hier zu stärken. Damit erleichtert man auch gewerkschaftliche Kämpfe in anderen Ländern.

Dr. Martin Schirdewan (*1975) ist Abgeordneter der Europaparlaments für DIE LINKE und ist unter anderem für Thüringen zuständig. Er hat ein Wahlkreisbüro in Weimar und lud gemeinsam mit der Abgeordneten Gabi Zimmer und auf Vermittlung der Thüringer Linksfraktion die Vertreter der Erfurter IG Metall und des Siemens-Betriebsrats nach Brüssel ein.

Ziele

Endlich gleicher Lohn!

Der „Equal Pay Day“ fiel in diesem Jahr auf den 18. März. Bis zu diesem Tag arbeiten Frauen faktisch umsonst, bis sie den Lohnunterschied von 21 Prozent gegenüber Männern aus dem Vorjahr aufgeholt haben. Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist bis heute ein bedeutendes gesellschaftliches Problem.
„Die Lohn-Lücke von 21 Prozent zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen von Männern und Frauen hat mehrere Ursachen. Die Folge aber bleibt immer gleich: Frauen bekommen für ihre Erwerbsarbeit weniger Lohn. Dies hat Auswirkungen auf die Höhe der Einkommen für Frauen und auch deutlich auf deren Altersarmut«, erklärte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Gemeinsam mit Abgeordneten von SPD und Grünen hatte DIE LINKE in diesem Jahr zu einer Aktion vor dem Parlament in Erfurt aufgerufen. Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) war dabei. Leukefeld sagte am Rande der Veranstaltung: „Der prozentuale Lohnunterschied, der auch als ´Gender Pay Gap´ bezeichnet wird, wird durch verschiedene Faktoren verstärkt. Zum einen durch familiäre Verpflichtungen, wie Kinder oder zu pflegende Angehörige, und zum anderen durch damit verbundene Erwerbsarbeitsunterbrechungen oder Teilzeitarbeit.“ Karola Stange, die Sprecherin der Thüringer Linksfraktion für Gleichstellungspolitik, fügt hinzu: „Die Kritik an der Lohnlücke muss diese strukturellen Ungleichheiten in Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt einschließen und fragen, warum diese bestehen. Frauen üben neben der Erwerbsarbeit immer noch die Hauptlast der unbezahlten Arbeit in der Familie und im Haushalt aus. Die geschlechterspezifische Verteilung solcher Arbeit wirkt sich nicht nur darauf aus, wie viele Kapazitäten eine Frau in die Erwerbsarbeit einbringen kann, sondern auch darauf, welcher Erwerbsarbeit welcher Wert zugewiesen wird. Da die Arbeitsanforderungen von Sorge, Erziehung und Pflege als gering eingestuft werden - denn Frauen wird die Ausübung dieser Tätigkeiten rollenspezifisch und ‚natürlich‘ zugeschrieben - hinkt die monetäre und gesellschaftliche Anerkennung hinter anderen Berufsfeldern hinterher.“
„Um die Lohnlücke zu schließen, muss auch ein Umdenken bei der geschlechterspezifischen Verteilung von privater Sorge, Pflege und Erziehung erfolgen. Damit es nicht immer die Frauen sind, die deswegen beruflich zurückstecken müssen. Außerdem müssen diese Berufsfelder eine Aufwertung erfahren“, forderten die beiden Fachpolitikerinnen der LINKEN, Leukefeld und Stange.

gelesen

Rechte im Betrieb

VON SÖREN FRERKS

Das Buch „Von Biedermännern und Brandstiftern“ analysiert die Versuche der AfD und ihrer Netzwerke, in die Arbeitnehmer*innen-Vertretung vorzudringen und Gewerkschaften zu bekämpfen. Der Band untersucht Grundlagen des Rechtspopulismus im Betrieb und Gesellschaft und nennt Handlungsmöglichkeiten dagegen. Die Beiträge bieten einen fundierten Überblick. Erkenntnisreich ist Tammo Grabberts Ausarbeitung zur Entstehung des Rechtspopulismus. Er macht deutlich, dass die AfD ihren Weg in die Parlamente aus der „Mitte der Gesellschaft“ angetreten hat. In dem Beitrag „Was wollen die Rechtspopulisten?“ untersucht Thomas Leif die Strategien der AfD. Es wird deutlich: Die Partei ist keine Protestpartei, sondern hat einen ausgefeilten Plan, um die Gesellschaft nach rechts zu verschieben. Und Mark Haarfeldt beschreibt, wie AfD und Co. versuchen, Arbeiter*innen und Gewerkschafter als Wähler*innen zu gewinnen. Auf der rechten Agenda stehen Hetze gegen Flüchtlinge, ein instrumentelles Verhältnis zu angeblich sozialen Forderungen sowie das Spiel mit Abstiegsängsten.
Die Beiträge liefern für die Auseinandersetzung in Betrieben und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit Argumente, um die AfD als das zu entlarven, was sie ist: neoliberal, völkisch, rassistisch, reaktionär und nicht das Sprachrohr einer solidarischen Arbeiterklasse. Es wird deutlich: In den Gewerkschaften wurde die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit der AfD erkannt.

Allmendinger / Fährmann / Tietze (Hg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, VSA Verlag, 2017, 14,80 Euro.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Entlassungen trotz Milliarden-Gewinnen?

Die Gewinne sprudeln, die Aufträge laufen und dennoch setzen Unternehmen ihre Mitarbeiter*innen auf die Straße, schließen ganze Standorte. Ob Coca-Cola in Weimar, Siemens in Erfurt oder jüngst Aerospace, deren Aktionäre unter anderem die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sind. Alle drei Unternehmen eint die neue vermeintliche Erfolgsmaßnahme der Umstrukturierung. Doch das bedeutet nichts anderes als Profitmaximierung durch Entlassung.

Foto: Andreas Pocking / TMASGFF

Welchen Einfluss kann die Politik nehmen, um Massenentlassungen zu verhindern? Im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Doch verpflichtet das Grundgesetz Unternehmen wirklich zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung? Wie können Politik, Gewerkschaften und Gesellschaft die Firmen dazu bewegen, die Verantwortung auch tatsächlich wahrzunehmen? Und wie kann betriebliche Mitbestimmung weiter ausgebaut werden?

Diese Fragen diskutieren wir mit:

Heike Werner (DIE LINKE), Ministerin für Arbeit und Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Thüringen

Gabi Zimmer, Europaabgeordnete aus Thüringen und Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament

Martin Schirdewan (DIE LINKE), Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament

Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender des DGB Bezirks Hessen/Thüringen

Zeit: Mittwoch, 9. Mai, um 18 Uhr
Ort: RedRoxx, Pils 29, Erfurt

200 Jahre Karl Marx!

Veranstaltungsreihe der Erfurter Hochschulen

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx bieten die Erfurter Hochschulen eine Veranstaltungsreihe an. Zum Auftakt sprach Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) vor vollem Saal zur Arbeitswelt im 21. Jahrhundert.

Er betonte Herausforderungen, Chancen und Gefahren der Digitalisierung von Gesellschaft und Arbeit.

FOTO: © Linksfraktion Thüringen

In Anlehnung an eine Formulierung von Marx sagte er: „Das Daten-Design bestimmt das Bewusstsein.“ Und mit Blick auf eine an der Universität Jena eingemottete Marx-Büste forderte er: „Es wäre Zeit, Marx auch in Jena wieder aus dem Keller zu holen!“

In den nächsten Wochen stehen unter anderem Vorträge zu „Materialistischer Theorie des Rechts“ (8. Mai, Sonja Buckel), „Feministischer Kritik des marxistischen Arbeitsbegriffs“ (15. Mai, Gisela Notz), „Erforschung des historischen Kapitalismus - mit und gegen Marx“ (29. Mai, Heide Gerstenberger) und „Postmarxismus und Performance - eine lateinamerikanische Perspektive“ (19. Juni, Amalia Barboza) auf dem Programm.

Mehr Informationen: www.fh-erfurt.de/ringvorlesung

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Paul Wellsow (V. i. S. d. P.), Annette Rudolph, Markus Gleichmann, Telefon: 0361 377-2604, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler